

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

184 (16.8.1909) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Kräger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 25 Pfg. - Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Bermittlungsstellen an. Reaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>
<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wab; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; familiäre in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Germann Bahler in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Germann Bahler in Karlsruhe.</p>

Lügen haben kurze Beine. Ein Beitrag zum Lügenfeldzug der Liberalen und Sozialdemokraten wider das Zentrum.

(Aus Arbeiterkreisen.)
G. Liberalen und Sozialdemokraten haben zur Zeit einen großen Mund in der Kritik derjenigen bürgerlichen Parteien, die die Finanzreform erledigt haben. Speziell auf das Zentrum haben sie es abgesehen. Die Klage der ausgeschiedenen Vorkämpfer ist eine eigenartige.
Die Liberalen aller Schattierungen können, seitdem sie aus dem Hochhaus herausgedrückt wurden, nicht genug Tränen über die Ungerechtigkeit der neuen Steuern zusammenweinen. Die „liberale Liebe“ zu dem sonst so verdachten Bruder Arbeiter ist auf einmal, wie ein Wunder, mächtig erwacht. Bei denselben Leuten, die, wenn sie am Aendergediegen wären, nach eigener Erklärung, noch höhere Konjunkturern bewilligt hätten.
In dem Aufruf der Nationalliberalen Partei heißt es:

„Handel, Gewerbe und Industrie, diese Hauptträger unseres wirtschaftlichen Aufschwunges, wurden in ihrem Lebensnerv bekräftigt, der Mittelstand in Stadt und Land schwer getroffen, die dritten Klassen ohne geradem Ausgleich auf neue schwer bedrückt. Das ist die Wahrheit, um die Bekämpfer, um insbesondere den großen Grundbesitz zu schonen.“
Wenn man das liest, so könnte man meinen, einen sozialdemokratischen Agitator zu hören. Aber das ganze Gejammer ist weiter nichts als eine Scheuheit zum Einbelsang.
Aber nur der Unwissende fällt auf einen solchen Agitationsstreich herein. Der Kundige weiß, daß die Liberalen bereit waren, nicht nur 310 Millionen Konjunkturern, wie sie die Regierungsvorlage forderte, zu bewilligen, sondern darüber hinaus sogar 400 Millionen.
So wollten die Liberalen bei der Biersteuer zu der Staffeln von 14—20 Mark noch zwei solcher von 21 und 22 Mark (Antrag Dr. Weber und Zühemann) hinzuzufügen.
Bei der Tabaksteuer schlugen die Abgg. Dr. Weber (natl.) und Mommsen (fr.) einfach eine Erhöhung des Zolles von 85 Mark auf 140 Mark = 85 Prozent und der Zolldarsteller von 45 auf 85 Mark vor. Im Plenum beantragten die Preisfälligen eine Erhöhung des Zolles von 85 Mark auf 150 Mark, und der Zolldarsteller von 45 auf 80 Mark.
Das Zentrum beantragte dagegen nur eine Wertzuwachssteuer von 30 Prozent und eine Erhöhung der Zolldarsteller von 45 Mark auf 50 Mark. Man erzieht sich schließlich auf einen Wertzuwachs von 40 Prozent gegen 80 Prozent der Liberalen, und eine Erhöhung der Zolldarsteller von 45 Mark auf 57 Mark.
Auch bei der Branntweinsteuer waren die Liberalen gegen die Vergünstigungen für die Leinbrenner. Wurde doch hier gerade durch die Anträge des Zentrumsabgeordneten Dr. Zehner erreicht, daß für Östbrennereien und Westler von selbstgezeugtem Obst, die eine fremde Brennvorrichtung besitzen, daß sie bei einer Jahreszeugung von nicht mehr als 30 Hektoliter Alkohol eine um zwei Hektoliter ermäßigte Verbrauchsabgabe zu zahlen haben.

In Baden fallen allein 43 000 Personen unter diese Vergünstigung.
Bei der Streichholzsteuer wünschten die Nationalliberalen das Monopol (Abg. Mann am 6. Juli 1909). Das selbe hätte aber nur dann einen Zweck gehabt, wenn man ähnlich wie in Frankreich höhere Erträge daraus erzielen wollte. Abg. Dr. Mann (natl.) führte ja diesbezüglich selbst aus: „Der Staatsbetrieb hätte dann auch (beim Monopol) die Möglichkeit geboten, wenn es notwendig gewesen wäre, in späteren Jahren zu einer Ausdehnung der Steuer zu kommen, die ja vielleicht doch noch später erfolgen muß.“ Weiter ist auch im Reichstage festgestellt und vom Reichschatzsekretär bestätigt worden, daß von liberaler Seite die erste Anregung auf eine Erhöhung des Kaffeepreises ausgegangen ist und zwar wurde eine Verdoppelung des Zolles von 40 Mark auf 80 Mark vorgeschlagen. Bei den Verhandlungen am 25. Juni wünschte der freimütige Abg. Badische eine Besteuerung des Kaffees des armen Mannes, des Malzkaffees, Biskorien usw. Die neue Weichheit erhöhte den Kaffeepreis nur von 40 Mark auf 60 Mark, und ließ die Surrogate (Malzkaffee, Biskorien usw.) steuerfrei. So liegen sich noch eine ganze Reihe solcher Dinge anführen.
Aber angesichts dieser Tatsachen muß sich jeder noch einigermaßen denkende Mensch fragen: Ist es nicht eine Ungeheuerlichkeit, ein Volksbetrug fondergleichen, wenn die Presse dieser Leute jetzt hingehört und schreit: Alle diese neuen Steuern habt ihr der neuen Mehrheit, insbesondere dem Zentrum zu verdanken, wenn der alte Block, die Liberalen, die Steuern gemacht hätte, wären sie ganz anders, besser geworden.
Ja „besser“ insofern, als noch mehr die Reichen gequält und wie oben nachgewiesen, die Massen noch mehr belastet worden wären. Mit der Annahme der verkappten Erbschaftsteuer wäre doch nicht gelassen gewesen und die Schaffinanz hätte sich, wie aus der Umgehung der Talonsteuer in den letzten Wochen zu ersehen ist, von derselben zu drücken gesucht.
D diese Heuschreck! Jetzt, wo sie durch ihre Herrschaft von der Staatskasse abgesetzt worden sind, ihre Machtgüter nicht mehr bedrückt wurden (liberale Regierung), da schrien sie zur Veredelung ihrer großen Blamage Peter und Morio um den „armen Arbeiter“, den kleinen Mann.
Es ist auffallend, daß es gerade diejenigen sind, die, wie ihre Geschichte und Tätigkeit beweist, stets zu den schärfsten Gegnern jedes sozialen Fortschrittes gehören.
Warum haben denn diese Herren das große Geschrei iniiziert gegen die von den Konserverativen und dem Zentrum beantragte Kotierungsabgabe, die in Frankreich seit dem Jahre 1857 eingeführt ist und in den letzten Jahren immer 85—90 Millionen Mark gebracht hat? Trifft diese Steuer auch den kleinen Mann, den Arbeiter? Keineswegs! Ja warum dann den großen Spießfuß mit dem Hantabund?
Die Erklärung liegt auf der Hand: Die „Nationalen“ wollen nicht zahlen! Daß die Sozialdemokratie als freiwilliger Handlanger

Der Landstreicher.

Original-Roman von Richard Baltzer.
Herausgegeben von
18) (Fortsetzung.)
Mersdorf kam dieser Antrag zu überraschend, als daß er im ersten Augenblicke daran gedacht hätte, etwas zu erwidern. Er, der Baron v. Mersdorf, der reiche Besitzer vieler Güter, als gewöhnlicher Diener angestellt! Vom Landstreicher zum Knecht, mehr könnte selbst seine kühnste Phantasie nicht erfinden!
Graf Geyern deutete das Schweigen des jungen Mannes auf seine Weise.
„Ich verlange selbstverständlich Ihre Antwort jetzt noch nicht; Sie können sich die Sache überlegen, bis Sie völlig beruhigt sind. Auch will ich Sie durchaus nicht zwingen, es sollte nur ein Vorschlag sein.“
Schon hatte sich Mersdorf entschieden. Der Zufall hatte ihn hierher geführt, er wollte es diesem auch überlassen, den geschürzten Knoten wieder zu lösen. Er sagte zu, mochte es nun kommen wie es wolle.
„Ich nehme Ihr gütiges Anerbieten mit vielem Dank an und werde mich bestreben, Ihre Zufriedenheit zu gewinnen.“
Die Hitze des Grafen erhellte sich.
„Ich hoffe, wir werden ganz gut miteinander auskommen. Wie Sie meiner Tochter erzählten, haben Sie längere Zeit auf einem Gute des Herrn Baron von Mersdorf gedient. Da mir die dortige Musterwirtschaft bekannt ist, glaube ich in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß Sie dort Nützliches gelernt haben und eine junge, tüchtige Kraft brauche ich ge-

und Schlicher des „gefährdeten“ Großkapitals nebenher tragt, mit in dieses Geschrei einstimmt, mündert einen nicht mehr. Wenn es galt, der Börse zu helfen, durch Ablehnung von Börsenleuten, war die Sozialdemokratie stets dabei. Bei den schönen Verbindungen ginge es ja auch nicht anders.
So bejogt zur Zeit die Sozialdemokratie im Bunde mit dem Liberalismus wieder durch ihre Schwindeleien über die neue Steuerbelastung, die Geschäfte des Großkapitals. Was will man noch sagen, wenn diese Presse behauptet, die Steuer würde auf das Glas Bier 5 Pfg., auf das Gläschen Schnaps 5 Pfg. usw. ausmachen. Gerade als ob diese Medaiktüre nicht wüßten, daß die Biersteuererhöhung auf den Liter nur 1.37 Pfg. im Durchschnitt machte. Schnaps 10 Pfg. das Liter usw. Durch ein solch unverlässliches Gebahren liefert aber die liberal-sozialistische Presse dem Großkapital das Material zur Begründung von Preisanschlägen, die in gar keinem Verhältnis zum Steuerzuschlag stehen, ja es fordert dieselben Herren durch solchen Volksbetrug gerade dazu auf, statt scharf Front dagegen zu machen und zu Abwehrmaßnahmen, wo auch wir mitmachen, zu greifen. Also auch hier wieder Liberale und Sozialdemokratie als Schutztruppe des Großkapitals.
Gerade die Sozialdemokratie leistet sich gegenwärtig das menschenmögliche in der Verhüllung der Massen. Es gehört ja dies zum Lebenselement dieser Partei. Es ist bereits unglücklich, was gegen das verhasste Zentrum in der sozialdemokratischen Presse und Versammlungen geboten wird.
Doch der denkende Arbeiter läßt sich durch dieses Geschrei in seiner Ueberzeugung nicht irre machen. Und wenn auch der eine oder der andere aus Unkenntnis der Tatsachen und durch die Verhüllung der Gegner etwas manfelmäßig wurde, so mehren sich erfreulicherweise nach und nach die Arbeiterstimmen, die zu einer eingehenden und ruhigen Würdigung der Sachlage mahnen. Es liegt auch so eine Art Gewohnheit darin, daß solche Leute, die in der praktischen Arbeit zu den größten Druckgebern gehören, ihre Mimik am weitesten spazieren gehen lassen, wenn es gilt, zu kritisieren und auf anders zu schimpfen.
Auch das Zentrum behauptet keineswegs, daß die Finanzreform vollkommen sei. Es mußte aber in dieser verwickelten politischen Situation froh sein, wenigstens das zustandegebracht zu haben. Treten aber Unzuträglichkeiten zutage: nun im Herbst tritt der Reichstag wieder zusammen, dann kann abgeholfen werden.
Also auch hier zuerst abwarten!
Welcher Art waren aber die Bemühungen der sozialdemokratischen Partei?
500 Millionen waren aufzubringen. Das stand fest. Diese Millionen konnte nicht aus schließlich auf den Besitz gelegt werden. Das konnte kein vernünftiger Mensch verlangen. Angemessener Anteil von wirklichen Besitzern neben unermesslichen Konsumstücken mußte die Forderung sein. Was für ein Programm hatte die Sozialdemokratie nach dieser Richtung hin. Antwort: Gar keins.
Ihr Steuerprogramm war bezeichnet durch den

Satz, der auch in sozialdemokratischen Blättern zu lesen war:
„Die Sozialdemokratie betrachtet die Finanzreform als einen Teil eines Regierungssystems, dem sie in unveröhnlicher Feindschaft gegenübersteht!“
Die Sozialdemokratie war soweit zu keinerlei Steuerbewilligung bereit. Leute aber, die auf keine Weise zahlen wollen, wenn die Nation zu ihrer Erhaltung und geblühenden Entwicklung Opfer verlangt, scheiden aus einer Diskussion über die beste Art der Lastenverteilung aus. Sie haben das Recht zum Mitreden verweigert. Ihr Schimpfen ist nur eine Stumpfheit und eine Lächerlichkeit. Genossen behaupten nun aber, ihre Partei hat doch mitgearbeitet, beispielsweise bei der Schaumweinsteuer und der erweiterten Erbschaftsteuer. Wie ist es mit diesem Einwand?
Bei der Beratung der Sektsteuer in der Kommission enthielten sich die Sozialdemokraten der Stimme und ein Teil der sozialdemokratischen Presse geriet schier außer sich ob der unerwarteten „Bemühung“ der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder. Nicht lange aber dauerte die Herrlichkeit. Im Plenum stimmte die Sozialdemokratie, getreu ihrer Vergangenheit, mit derselben gleichgültigen Begründung gegen die Sektsteuer.
Und wie ist's mit der Erbschaftsteuer? In einem Teil der roten Presse lehte es einen großen Spießfuß ab, als es hieß, die Partei wolle für die Erbschaftsteuer stimmen. Parteiautoritäten erklärten: Unsere Aufgabe ist nicht aufzubauen, sondern zu zerstören, nicht zu ordnen, sondern zu verwirren. Schließlich einigten sich die Genossen dahingehend, daß sie in der zweiten Lesung für die Erbschaftsteuer sich erklären sollten, um den Massen Sand in die Augen zu streuen, daß sie aber in der entscheidenden dritten Lesung gegen das Gesetz stimmen würden. Die Sozialdemokraten wollten mit ihrer Zustimmung in der zweiten Lesung für die Erbschaftsteuer erreichen, daß die neue Blockbildung unterlag, die Verwirrung ins Ungeheuerliche stieg, um in der entscheidenden dritten Lesung dem alten Block ebenfalls ein Bein zu stellen, wodurch die Regierung gezwungen worden wäre, den Reichstag aufzulösen. Die Sozialdemokraten lügen uns vor, sie hätten eine „positive“ Politik treiben wollen, in Wirklichkeit wollten sie die Verwirrung ins Ungeheuerliche steigern und den schlimmsten Konflikt herbeiführen. Die allgemeine Verwirrung und Aufregung sollte ihnen einen Stimmengewinn bringen und die 1907 verlorenen Mandate.
Das ist die Wahrheit!
Schließlich für den Beobachter dieser Partei arbeitet die Sozialdemokratie in ihren Einzelmaßnahmen auf eine Schonung derjenigen streife hin, die wirklich zahlen können, jener Kreise, die ein besonderes finanzielles Interesse an einer übertriebenen Weltmachtspolitik haben. Sie wollen sie schonen aus folgenden Gründen: Wenn die „Panzerplattenfabrikanten“ und die „Pfefferküde“, wie der sozialdemokratische Ausdruck lautet, keinen Steuerdruck spüren, dann haben sie auch kein Interesse für eine Einschränkung der kostspieligen

tade, weil ich den Betrieb meines Gutes wieder intensiver aufnehmen gedenke. Es wäre also uns beiden gefolgt. Haben Sie vielleicht ein Zeugnis von Ihrer vorigen Stelle?“
Mersdorf wurde höchst verlegen. Daran hatte er gar nicht gedacht, als er so schnell seine Zustimmung gab. Was sollte er antworten, um Glauben zu finden? Daß er ohne Ausweis in der bisherigen Stellung auf die Wandererschaft ging, das klang zu unwahrscheinlich, um nicht Verdacht zu erregen. Da erinnerte er sich seiner Rettungstat; hierbei konnte das Papier ja leicht verloren gegangen sein.
„Ich habe meine Papiere in den Kleide, welches sich das gnädige Fräulein als Andenken behohlenen will“, sagte er.
„Dann haben Sie die Papiere bei Ihrem Rettungsmerk verloren; wir haben während Ihrer Krankheit schon nach wegen Ihres Namens und Ihrer Herkunft.“
Mersdorf atmete auf. Der Zufall wollte ihm auf seiner abenteuerlichen Fahrt wohl, jetzt war er vor jeder Entdeckung gesichert.
„Fatal ist der Umstand aber immerhin“, fuhr der Graf fort, „da Sie sich neue Papiere beschaffen müssen. Wir müssen sehen, daß wir Ihre verlorenen Ausweise zurückerhalten; vielleicht hat sie jemand aus dem Dorfe gefunden; doch ist dies nicht wahrscheinlich. Es wäre sonst sehr zu vernutzen, daß ich noch keine Kenntnis davon habe. Ich bitte Sie, sich vorläufig als mein Gast betrachten zu wollen, da jetzt von einer Arbeit noch keine Rede sein kann.“
„Ich bitte aber doch, so bald wie möglich beschäftigt zu werden“, gestattete sich Mersdorf einzuwenden. Der Graf blickte lächelnd auf den jungen Mann;

er schien an Mersdorf ebenso Gefallen zu finden, wie dieser an ihm.
„Sie wollen wohl nicht einmal den Unterhalt umsonst haben?“ fragte er in neckischem Ton. „Ich sehe, Sie sind ein sonderbarer Schwärmer. Trotzdem aber kann ich Ihnen nicht zürnen, ich sehe es lieber, wenn der Mensch stolz ist, als wenn er sich schwarzgerötet an seine Nebenmenschen hängt.“
„Sie tun mir wirklich zu viel Ehre an, Herr Graf.“
„Nein, nein, ich weiß den Wert jedes Menschen zu würdigen und die Weisheit erscheint mir als höchste Tugend der Jugend. Sie wünschen jetzt vielleicht an Ihren vorigen Herrn zu schreiben; ich will Sie deshalb nicht weiter stören. Einweilen müssen Sie wohl noch mit dem Zimmer vorlieb nehmen, in welchem Sie bisher gewohnt haben, ich werde Ihnen später ein anderes anweisen lassen.“
Mit höflichem Gruß entließ er den jungen Mann. Mersdorf begab sich wieder auf sein Zimmer und schrieb sogleich einen Brief an seinen Freund Grewenstein:
„Mein lieber längere Zeit auf eine Nachricht von mir gewartet haben. Doch müssen Sie entschuldigen, ich konnte nicht schreiben, da ich krank war. Mein Bagambundenleben wurde durch einen ganz besonderen Zufall unterbrochen. Ich rettete nämlich einer jungen Dame das Leben — wenigstens heißt es so —, indem ich schon gewundene Pferde aufhielt, wobei ich freilich etwas abbekam. Inzwischen liege ich hier wohlgebetet und darre mit Spannung der weiteren Entwicklung der Ereignisse. Graf von Geyern ist ein erster, hartgeprüfter, aber guter Mann, seine Tochter das lieblichste, unberührteste Mädchen, das ich bis jetzt gesehen habe. Sie werden

lachen — da Sie wissen, weshalb ich eigentlich ausgezogen bin. Die alte Marotte ist aber schon längst überwunden, das Schicksal hat mich durch jenes Frauenbild wohl nur aus der trüben Atmosphäre der Großstadt herausgerissen wollen. Sollte ich verlobt sein? Ich glaube nicht daran, habe ich das Mädchen doch erst ein einziges Mal gesehen. Aber interessieren werde ich mich für alles, was hier vorgeht, nachdem ich auf so sonderbare Art hierhergekommen bin. Vielleicht bietet sich einmal sogar Gelegenheit, irgendwie helfend einzugreifen. Sie werden erste bin ich als Diener hier engagiert. Sie werden lachen darüber, doch war ich gewissermaßen in der Zwangslage, das Anerbieten annehmen zu müssen. Es soll ja auch nur ein Versuch sein und wenn es mir nicht paßt, dann ziehe ich eben wieder von dannen. Sie wollen mir den Gefallen tun, einliegenden Brief, welcher ein Zeugnis über mich enthält, an Graf Geyern abzuschicken. Dann wollen Sie 500 Mark für mich auf der Bank abheben — die schriftliche Vollmacht habe ich Ihnen ja zurückgelassen. Den Betrag wollen Sie dem Maurer Karl Groß in N. überlassen. Wie das Leben in der Stadt weiter geht, brauche ich Sie nicht zu fragen: Der alte langweilige Gang von einem Vergnügen zum anderen. Werden Sie noch immer mit Nervenleiden in der Stadt festgehalten oder gedenken Sie sich auch bald auf die Wandererschaft zu begeben? Ich kann es Ihnen nur raten, denn so frei und froh wie jetzt habe ich mich noch nie gefühlt. Wenn Sie den Wanderstab ergreifen, so können Sie ja auch hier vorbeikommen und sich selbst überzeugen, daß ich gut aufgehoben bin.
Bis auf ein frohes Wiedersehen immer der Ihre
Kurt v. Mersdorf.

lachen — da Sie wissen, weshalb ich eigentlich ausgezogen bin. Die alte Marotte ist aber schon längst überwunden, das Schicksal hat mich durch jenes Frauenbild wohl nur aus der trüben Atmosphäre der Großstadt herausgerissen wollen. Sollte ich verlobt sein? Ich glaube nicht daran, habe ich das Mädchen doch erst ein einziges Mal gesehen. Aber interessieren werde ich mich für alles, was hier vorgeht, nachdem ich auf so sonderbare Art hierhergekommen bin. Vielleicht bietet sich einmal sogar Gelegenheit, irgendwie helfend einzugreifen. Sie werden erste bin ich als Diener hier engagiert. Sie werden lachen darüber, doch war ich gewissermaßen in der Zwangslage, das Anerbieten annehmen zu müssen. Es soll ja auch nur ein Versuch sein und wenn es mir nicht paßt, dann ziehe ich eben wieder von dannen. Sie wollen mir den Gefallen tun, einliegenden Brief, welcher ein Zeugnis über mich enthält, an Graf Geyern abzuschicken. Dann wollen Sie 500 Mark für mich auf der Bank abheben — die schriftliche Vollmacht habe ich Ihnen ja zurückgelassen. Den Betrag wollen Sie dem Maurer Karl Groß in N. überlassen. Wie das Leben in der Stadt weiter geht, brauche ich Sie nicht zu fragen: Der alte langweilige Gang von einem Vergnügen zum anderen. Werden Sie noch immer mit Nervenleiden in der Stadt festgehalten oder gedenken Sie sich auch bald auf die Wandererschaft zu begeben? Ich kann es Ihnen nur raten, denn so frei und froh wie jetzt habe ich mich noch nie gefühlt. Wenn Sie den Wanderstab ergreifen, so können Sie ja auch hier vorbeikommen und sich selbst überzeugen, daß ich gut aufgehoben bin.
Bis auf ein frohes Wiedersehen immer der Ihre
Kurt v. Mersdorf.

Weltpolitik zu sprechen. Die Ausgaben für solche Zwecke würden dann weiter steigen, weitere hunderte Millionen Steuern würden nötig sein — die Sozialdemokratie hätte Agitationsleiter, ihr Weizen blühte. Ist das nicht Volksverratspolitik?

Weiter ist es ein Widerspruch in sich selbst, wenn die Sozialdemokratie an Staat und Gesellschaft immer größere Ansprüche stellt bezüglich der Kulturveränderung wie Schulwesen, Arbeiterklub, Arbeitervereine usw., demgegenüber die Mittel hierzu verweigert, jede Steuer ablehnt und den Haushalt des Reiches jedes Jahr prinzipiell verweigert. Dennoch ist die ganze Agitation und die Verberungsbefehle, insofern, als feststeht, daß die Sozialdemokratie gegen alle Arbeiterklub- und Verberungsbefehle gestimmt hat.

Angeichts solcher Tatsachen muß sich jeder noch denkende Mensch, insbesondere auch der Arbeiter, fragen und rufen: Wir bleiben was wir waren, das ist: Treu dem Zentrum!

Die Ereignisse in Spanien und die Sozialdemokratie.

Wir sind nicht der Meinung, daß wir dem Feinde gegenüber nicht zur Wahrhaftigkeit verpflichtet seien, sei hier konstatiert, daß wir uns gegenüber dem „Volksfreund“ in einem Irrtum befinden, als wir schreiben, er hätte einen Teil des Aufrufs der internationalen Sozialdemokratie unterschlagen und den anderen Teil unter der falschen Bezeichnung als Aufruf der spanischen Sozialdemokratie ausgegeben. Diese Vorwürfe treffen den „Volksfreund“ nicht; es handelte sich in der Tat um zwei verschiedene Aufrufe. Wir konstatieren das, ohne Rücksicht darauf, ob der „Volksfreund“ in einem ähnlichen Fall eine derartige Konstatierung auch machen würde oder nicht.

Der „Volksfreund“ erklärt sich ausdrücklich mit dem von ihm noch nicht veröffentlichten Aufruf der internationalen Sozialdemokratie einverstanden. (Nr. 185, 12. Aug. 1909.) Wir registrieren das als ein wertvolles Geständnis, weil er damit seine Solidarität bekundet mit jenen Elementen, die in Barcelona die „Redden“ (Mordbrenner) will er für diese Leute freilich nicht gelten lassen, er meint, was einzelne Partierblätter über die „Mordbrenner“ geschrieben hätten, sei „einer Schwärze“ geweiht. Gewiß, die Partierblätter hat er unwahr berichtet über die Ereignisse in Spanien, aber nicht über die „Mordbrenner“, sondern über die Ausdehnung der revolutionären Bewegung über ganz Spanien und dieser Teil ihrer Berichterstattung hat sich als Schwärze entpuppt und ist vom spanischen Ministerpräsidenten Maura als solcher gebrandmarkt und zugleich als beste Begründung der von ihm mit aller Strenge durchgeführten Zensur bezeichnet worden.

Der „Volksfreund“ zitiert sodann die „Frankfurter Zeitung“ als Kronzeugin dafür, daß das, was in Barcelona vorlag, ganz in der Ordnung war.

Es war wohl eine Explosion lang verhaltenen und bis zum Uebermaß angehäufter Schamgefühl, die da zum Ausbruch kam. Aber eine Revolution war es nicht. Denn ist das eine Revolution, — eine Bewegung so ohne politischen Ziel, daß in ihrem Verlauf nirgendwo auch nur eine einzige Veränderung auf einen Umsturz der bestehenden Staatsverhältnisse lau wird? Oder ist es eine Revolution, wenn das Eigentum auch nicht einer einzigen Person angetastet und außer einigen wenigen öffentlichen Einrichtungen ausschließlich der Besitz religiöser Orden und Gemeinden der Gut der Empfänger zum Opfer fällt?

Ob man das, was in Barcelona vor sich ging, nun Revolution nennen will oder nicht, das ist rein Nebenache. Die Hauptsache ist und bleibt doch, was und aus welchen Motiven es geschehen ist. Der „Volksfreund“ schreibt dann aus eigenem:

„Mörder wurden niedergebrennt, ja das ist wahr. Aber warum? Die Antwort dürfte dem „Redden“ nicht annehmbar sein. In Spanien herrschen heute Zustände, die sehr viel Ähnlichkeit haben mit den Zuständen in Frankreich, kurz vor Ausbruch der großen Revolution. Spanien, einst ein blühendes reiches Land mit einer geistig begabten Bevölkerung, steht vor einer katastrophalen Hungersnot. Land und Volk sind verarmt. Die herrschenden Missetäter haben das spanische Volk das Wort aus dem Munde genommen. Der Herrliche Gendarmenarmee überzieht das ganze Land und verurteilt es, Leben und Tod in diesem ökonomisch armen Lande nicht weniger als 600000 Weizenkörner und weit über 1000000 Liter Wein zu zahlen, ein Ausmaß, das auf keinen Fall zu bewältigen ist. Die höhere Gesellschaft schwelgt in süßlichen Genüssen, wenn die niedere und mittlere, hinterlistig die Millionen der Armen. Dabei besteht die ganze Herrschaft des Krönleins der Steuerfreiheit. Was die Weltgerichte dem armen, geistig völlig geknechteten Volk noch lassen, das rauben ihm die Missetäter. Fast die Hälfte des spanischen Volkes kann weder lesen noch schreiben. Die herrlichen Missetäter kosten dem Lande mehr, als der Hof und die ganze Staatsverwaltung zusammenkommen. Für die Schule und für das Volk bleibt nichts übrig. Und da soll man sich wundern, wenn einmal der Gebuldschaden bricht. „Mordbrenner“ schreibt der „Redden“. O diese „Mordbrenner“ dürfen sich noch viel zu schämen kommen lassen und es sind noch lange keine solche Mordbrenner und Mordbuben, wie jene zerschnittenen Geleiten, die in Spanien die Inquisition handhabten, der Laufende und Überlaufende von Menschenleben in der schamlosesten Weise zum Opfer fielen.“

Wenn der „Volksfreund“ glaubt, diese seine Antwort dürfte uns unangenehm sein, so befindet er sich auf dem Holzweg. Wir drücken sie sogar wörtlich ab, damit man im Lande dranhin sich selbst ein Urteil bilden kann darüber, wie der „Volksfreund“ die spanischen „Mordbrenner“ verteidigt und entschuldigt mit bloßen Aufschmeiereien über die Zustände in Spanien, die er wieder irgend einer Verleumdungsschrift entnommen hat. Gewiß, auch wir geben zu, daß die Verhältnisse in Spanien nicht sind wie sie sein sollen. In wirtschaftlicher, sozialer und intellektueller Hinsicht ist manches rückständig und faul. Aber aber für diese bedauerliche Tatsache den „Klerikalismus“ verantwortlich macht und die zahlreichen Revolutionen als gelunde Gegenströmungen gegen die „Klerikale Verdrückungsherrschaft“ hinstellt, kennt entweder die Geschichte Spaniens nicht oder sagt Fehlwort und absichtlich die Unwahrheit. Spanien hat schon wiederholt liberale, ja geradezu radikale Regierungen am Ruder gehabt, die gegen die katholische Kirche wie ein Nero gebaut haben. Seit Aranda am 31. März 1767 über 5000 Jesuiten

in allen Gegenden Spaniens verhaften, auf Schiffe bringen und gleich Verbrennen nach dem Kirchenstaat abschieben ließ, sind über Spanien wiederholt ganz fürchterliche Missetäter und Kirchenstürme, angeordnet von liberalen Regierungen, dahingebraut. Wir erinnern nur an die „Kulturkämpfe“ in den Jahren 1835 bis 1840 und dann wieder 1854, wo Priester und Mönche unter der Beschuldigung, sie seien die Urheber der Cholera, heftigstenweise verfolgt wurden, wo die Cortes sämtliche Klöster einzogen und das Kirchengut verkauft wurde. Und auch später, bis in die neueste Zeit herein, wechselten liberale Ministerien mit konservativen ab, wenn sie auch äußerlich gegen die katholische Kirche sich weniger blutdürstig zeigten, als in früheren Jahrzehnten. Hieraus geht doch klar genug hervor, daß Spanien keineswegs so sehr unter dem „Druck der übermächtigen Geistlichkeit“ leidet, wie es in fröhenen Jahren blättern so gern hingestellt wird, und dann aber auch, daß der Liberalismus, wenn er am Ruder war, und das war sehr häufig und recht gründlich der Fall, nichts an jenen Zuständen geändert hat, die auch wir in sozialer, wirtschaftlicher und intellektueller Hinsicht beklagen. Man darf aber auch nicht vergessen, daß Spanien nach dem Verluste seiner Kolonien sich erst wieder von diesem schweren Schlage erholen und sich anderweitig Erlass schaffen muß. Das geht nicht so leicht und so rasch, daß man es über Nacht ändern könnte.

Es ist recht interessant, die einzelnen Berichte über die Ereignisse speziell in Barcelona unter sich und mit dem zu vergleichen, was der „Volksfreund“ zur Erklärung der Schreckenstaten der Sozialisten und Anarchisten schreibt. Der „Volksfreund“ stellt die Sache so dar, als ob der Umstoß über die vernachlässigte Schulbildung die Ursache wäre. Die Ursache vom volksausgebildeten Missetäter und Missetäter ist ein altes Stedenpend der Kirchen- und Klosterfeinde nicht nur in Spanien. Das kann man sogar bei uns hören, wo dieser Vorwurf sicher nicht zutrifft. Was die Bildung des Volkes anbelangt, so hat erst kürzlich das Berliner Tageblatt unter Zustimmung des „Vorwärts“ festgestellt, daß die Catalonier die intelligenten und gebildetsten Spanier seien. Gerade in Catalonien aber haben sich die letzten Ereignisse abgepielt. Das ist doch ein Widerspruch! Es ist auch Tatsache, daß die Klöster, die dem „Volksfreund“ so sehr verhasst sind, sich des Wohlstandes und Unterrichtsangeboten unterhalten. Es ist deshalb doppelt widersprüchlich, wenn sich der radikale „intelligente“ Mob lediglich gegen die Kirchen und Klöster wendet und dort haust wie Banden und Kunstwerke und Büchererschätze vernichtet! Auf diese Weise wird doch nicht Bildung verbreitet! (Fortsetzung folgt.)

Baden.

Karlsruhe, 16. August 1909.

Seine Königl. Hoheit der Großherzog haben sich gnädig bewegen gelassen, dem Königl. Rat Direktor Franz Auer Probst in München, Vorsitzenden des engeren Ausschusses des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Gewerks- und Wirtschaftsvereinigungen, e. V., und dem Kaufmann Wilhelm Fischer, Vorsitzenden des Vorstandes der Gewerkschaft in Freiburg, das Ritterkreuz erster Klasse, dem Direktor der Gewerkschaft Verberth von Hermann in Freiburg das Ritterkreuz zweiter Klasse höchstehenden Ordens vom Jahrgang 1869 zu verleihen, ferner dem Ministerialdirektor im Ministerium des Groß. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Geheimrat Julius Schulz, die untertänigste nachdrücklichste Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Komturkreuzes erster Klasse des Königl. Sächsischen Albrechtsordens zu erteilen.

Mit Entschiedenheit Groß. Oberpräsident wurde dem Hauptlehrer und Zeichenlehrer Karl Hammett an der Volkshochschule in Mannheim die etatmäßige Amtsstelle eines Zeichenlehrers am Realgymnasium in Ettlingen und dem Zeichenlehrer Friedrich Schwarz am Realgymnasium in Ettlingen die etatmäßige Amtsstelle eines Zeichenlehrers an der Realschule in Eppingen übertragen.

§ Große und berechtigte Entrüstung — so schreibt man uns aus Singen — herrscht in Singen und im ganzen Bezirk über den ebenso ungerechten wie gefährlichen Ausfall der liberalen „Singen Nachrichten“, den diese nach echter Sozialistenmanier auf unseren verdienten und obernützlichen Abgeordneten Herrn Amtsgerichtsdirektor Gieseler gemacht hat, den sie für die unzulänglichen Zustände am hiesigen Bahnhof verantwortlich zu machen suchen. Direkt aus den Fingern gelogen sind alle Beschuldigungen, welche dieses „Blättchen zur Verhöhnung des Publikums“ gegen Herrn Gieseler vorgebracht hat. Nüch hat es wiederholt einstecken müssen, daß es ständig mit Unwahrheiten operiere, selbst in öffentlicher Versammlung ist ihm dies zum Vorwurf gemacht worden.

Macht nichts! Es wird fort weiter darauf die Unwahrheit geist, nach dem Motto: „Es bleibt doch etwas hängen“. Mit solchen Reuten, die die öffentliche Meinung systematisch irreführen (siehe Gemeinderatswahl), verständig auf jedes unbefangene Gemüt wirken, sollte man es machen wie mit Schutzhüten, die man am Dreißpitz nimmt oder über den Kopf legt. — Das und ähnliches mußte man in den letzten Tagen hören, von Reuten jeder Parteirichtung.

Hätten die „Singen Nachr.“ sich nur die Mühe genommen, die Akten der Landtagsverhandlungen durchzusehen, sie hätten herausfinden müssen, daß Herr Abg. Gieseler die Singener Bahnhofsverhältnisse zur Sprache gebracht und auch persönlich in der Sache vorgeprochen hat.

Nach der „hochvermögenden Abgeordnete“ vermag nicht alles durchzusetzen, zumal wenn die Pläne der Umwandlung mit anderen großen Aufgaben zusammenhängen, wie dies in Singen der Fall war: der Umbau steht auf dem Bauprogramm; die Ausführung hängt von vielen Faktoren ab.

Wie lange geht es in Konstanz, trotz „hochvermögender Herren“?

Jedenfalls stud die „Singen Nachr.“ keine Stelle, bei der sich unser Abgeordneter dazu zu holen hätte. Es sollte den „Singen Nachr.“ auch nicht unbekannt sein, daß unser Abgeordneter bezüglich des Bahnhofsumbaus mit der Gemeindevorwaltung in Verbindung gestanden ist; letztere, die ein ebenso großes Interesse am Bahnhofsumbau hat wie wir alle, kann auch nur indirekt wirken. Das Herr Gieseler sich sehr für Singen verandert hat, beweist auch, daß durch seine Bemühungen und trotz verschiedener Widerstände in Singen selbst, der Eisenbahnstrecke genehmigt und gemacht wurde. Den Bemühungen unseres Abgeordneten ist es doch auch zu danken, daß der Bahn von Singen nach Reuten im letzten

Landtag genehmigt worden ist. Diese Bahn ist für Singens Zukunft das Wichtigste; wenn sie im letzten Landtag nicht genehmigt worden wäre, wer weiß, ob sie jetzt noch läme.

Und bei alle dem haben die „Singen Nachr.“ noch den Mut, um nicht zu sagen die Unverschämtheit, zu sagen, unser Abgeordneter habe nichts geleistet. Das weiß das Volk besser zu beurteilen, welches die „Singen Nachr.“ und deren Sprüche kennen und „gebührend“ einschätzen. Das Blättchen hat allem Anschein nach die Absicht, sich um den letzten Kredit zu bringen. Qui vivra verra.

§ Aus dem Mittelstand, 12. August. In Nr. 183 des „Karlsruher Tageblatt“ schimpft ein mit F. gezeichneter Liberaler im Tone der Fuhrleute über das Zentrum wegen seines Eintretens für die Reichsfinanzreform. Das „Karlsruher Tageblatt“ erweist sich aber bei dieser Gelegenheit als ein wirklicher Oberlehrer; denn es bringt bejagte Schimpfereien aus dem Publikum, unter Verantwortung des Einfänders. Damit fängt es zwei Fliegen mit einem Schlag, indem es einerseits den vielen Zentrumsanhängern gegenüber, die aus Gehätsrückrichten leider genötigt sind, das Blatt zu halten, mit reinen Händen dastehen will, andererseits hat es mit der Verächtlichmachung dieser Schimpferei auch seinen liberalen Abonnenten Genüge getan. Auch ein Standpunkt.

Die „Karlsruher Zeitung“, das Organ der Zentrumspartei für den Amtsbezirk, ist mit einer lobenswerten Mühseligkeit eifrig bemüht, ihrem Leserfreis Anführung über die neuen Steuern zu schaffen. Dieses löbliche und auch sehr verdienstvolle Bestreben hat unseren liberalen Herren F. ganz aus dem Häuschen gebracht. Selbst den „Waldmichel“ läßt unser Artikel aufspozieren. Ja, der „Waldmichel“ hat eben den Liberalen ein Spiegelbild vorgehalten, so frei und wahr, daß sie nur mit tiefem Gröhl im Herzen daran zurückdenken. Die Wahrheit schmeckt eben bitter! Unser Artikelreiber hat aber selbstverständlich in seinem Verbergsartikel vergessen zu erwähnen, daß, wenn die Liberalen in die Lage gekommen wären, bei der Reichsfinanzreform entscheidend mitzuwirken, fäher derselbe, höchst wahrscheinlich sogar ein höherer Betrag an indirekten Steuern bewilligt worden wäre, als jetzt. Dieselben Liberalen, welche jetzt so eifrig bemüht sind, die bewilligten Steuern der Bevölkerung zu verfehlen, haben ja, als sie sich noch in der Hoffnung wiegen, die Entscheidung in der Hand zu haben, sich so ange stellt und gebärdet, als herrsche im deutschen Reiche eine wahre Begeisterung für möglichst viele Steuern. Der Abg. Paffermann, der Führer der Nationalliberalen, hat noch am 4. Juli auf dem Vertretertag der nationalliberalen Partei erklärt: eine Steuerfreudigkeit wäre im Lande vorhanden gewesen, wie sie nie früher bestanden habe. Die positive Bereitwilligkeit der nationalliberalen Partei war vorhanden. Wir waren bereit, dem Reiche zu geben, was das Reich haben muß: 500 Millionen neue Einnahmen; 400 Millionen indirekte Abgaben und 100 Millionen aus dem Besitz.“ So sprach Herr Paffermann, was aber unser jetzt auf einmal so feuerreicher Liberaler des „Karlsruher Tageblatt“ nicht zu wissen scheint. Es ist und bleibt aber eine Tatsache, daß die Art, wie die ungeborene Mehrbelastung zur Verteilung kam, durch die Arbeit des Zentrums gerechter und schonender geworden ist, als sie nach den Vorschlägen der liberalen Parteien hätte werden müssen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß diese Tatsachen von liberalen Herren, dießen Erbvätern von „Bildung und Besitz“, bestritten und ins pure Gegebenheit verberbt werden. Es liegt eben System in dieser beispiellosen Hege, indem besonders bei uns in Baden angeht, durch Wählung der Liberalen Wasser auf ihre Mühlen zu treiben. Nigen haben bekanntlich kurze Beine! Man darf aber auch des weiteren auf unserer Seite noch keine Mühe und Arbeit scheuen, in Presse und Versammlungen den durch ihren grimmigen Haß gegen das Zentrum fast vollständig verblendeten Herren die Larve vom Gesicht zu reißen, damit auch die Volkspartei, welche bisher dieser verwerflichen liberalen Agitation noch Glauben geschenkt haben, allmählich einsehen, wie schodell und unwahr diese Agitation ist. Einem solchen Treiben gegenüber haben wir noch Respekt vor einem bekannten sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten, der unlängst in einer Verammlung u. a. ausführte, die liberalen Volkdrüber trieben wirklich eine tolle Sege gegen das Zentrum wegen der Reichsfinanzreform. Das sei aber eine pure Schmeiße! denn die Herren Liberalen hätten schließlich dieselben, ja noch mehr indirekte Steuern bewilligt, wenn der vielbesungene Blod nicht in die Brüche gegangen wäre.

Kleine badische Chronik.

§ Karlsruhe, 15. Aug. Von Karl Engelhardt erschien diese Tage im Verlag von Karl Pfeifer in Heidelberg eine kleine Schrift: „Kannst Du die Engländer?“ Es ist mehr als eine Weisheit. Zunächst ein praktischer Führer für Solche, die nur acht Tage für eine Englandreise übrig haben. Sodann aber eine geschichtlich und politisch fundamentierte Naturgeschichte des Englands und seiner Heimat. Und das ist in unseren Tagen von besonderem Wert, wo das Verhältnis von Deutschland und England im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion steht.

§ Baden-Baden, 15. Aug. Prinz und Prinzessin Friedrich Karl zu Hohenlohe sind hier eingetroffen und haben im Hotel „Siegfried“ Wohnung genommen.

§ Konstanz, 15. Aug. Der Dienstknecht Hintersburger, der im Verdachte steht, seine Geliebte, die Wola Endres, ermordet zu haben, wurde ins hiesige Amtsgefängnis eingeliefert.

Die Donauverfälschung.

§ Donaueschingen, 15. Aug. Trotz der vielen reichlichen Niederschläge im Vormonat, die den Wasserstand des Donau beherrschten, ist nun doch die Trockenlegung ihres Bettes oberhalb Donaueschingen erfolgt. Es rührt sein Troben Wasser der Schwarwalde-Donaue mehr über die Berksflächen am Brühl. Unterhalb der letzteren stehen noch wenige Ämpel, in welchen Laufende von kleinen Fischen ihres Todes harren. Sieht man den staltlichen Fluß unterhalb Zimmendingen, so hält man es kaum für möglich, daß schon nach kürzester Zeit die Donau nicht mehr ist. Kaufes verläuft an den meisten Stellen unterhalb des Mähringer Zunnels das Wasser. Nach einigen Verfallungsstellen aber vermindert man ein Naßchen und Zelen, das dem Nollen eines Bahnguges vergleichbar ist, der über eine eiserne Brücke fährt. Wer je einmal das starke Geräusch gehört, denkt mit Recht an große, weite und tiefe Gohlräume mit leuchtigen Waden, in welche das verfließende Wasser nach kurzer Zeit hinunterstürzt. Der Besuch der Verfallungs-

stellen ist jetzt am interessantesten, da sämtliche Verfallungs-herde auf einer Strecke von etwa 800 Meter gut beobachtet werden können. Später verläßt dann die Donau auf einer kurzen Strecke. Nicht ist dem hiesigen „Tageblatt“ zufolge, daß sich die Verfallungsstellen am Gattinger Weg verbreitert und verzieht hat. Sie war noch vor einem Jahrzehnt kaum wahrzunehmen, vor einigen Jahren gleich sie einem Trichter, der oben eine Öffnung von kaum einem Quadratmeter Umfang hatte, weiter weiter Trichter einem großenartigen Zugang auf von 5-6 Meter Länge, 2 Meter Breite und erheblicher Tiefe.

Lokales.

Karlsruhe, 16. August 1909.

§ Neck. Mitteilungen aus der Stadtratsitzung vom 12. August 1909. (Schluß)

Das Kaufmannsgericht Karlsruhe hat mit Rücksicht darauf, daß der Reichstag geschlossen wurde, ohne daß die in Aussicht gestandene Neuordnung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe erfolgt ist, in seiner ersten diesjährigen Plenarsitzung vom 22. Juli d. J. beschlossen, nämlich bei dem Stadtrat Antrag auf Erlassung eines Ortsstatuts zur Neuordnung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Sinne der grundsätzlichen vollständigen Sonntagsruhe zu stellen. Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts überreichte Abdruck des bezüglichen Protokolls mit der Bitte, dem Unterge zu entsprechen. Der Stadtrat beschloß, an seinem erst kürzlich einem ähnlichen Antrag der Vereinigung kaufmännischer Vereine Karlsruhe gegenüber eingenommenen Standpunkt, daß zunächst in Aussicht stehende reichsgesetzliche Neuordnung des Handelsgewerbes abgewartet sei, festzuhalten.

Die Witte des Stadtrats R. H. Hübner sind bei Großherzoglichem Bezirksamt — Polizeidirektion mit Rücksicht auf die Einquartierung in hiesiger Stadt vom 10. bis 13. September d. J. um Verlegung des Hübnerger Kirchenspielfestes vom 12. und 13. September auf 5. und 6. September d. J. vorstellig geworden. Der Stadtrat beschloß, das Gesuch.

Wegen Herstellung eines Sachverständigen zwischen Goethe- und Solfen-Straße in der Verlängerung der Nord-Straße soll mit den in Betracht kommenden Grundstückseigentümern vorkonkordant die Zustimmung des Bürgerausschusses und der Staatsgenehmigung zur Verwendung von Anlehensmitteln ein Vertrag abgeschlossen werden.

Die Verzinsung der Herstellungskosten der Gas- und Wasserleitungen an folgenden Straßenstrecken: Bach-Straße östlich der Händel-Straße, Eisenbahn-Straße zwischen Sternberg- und Humboldt-Straße, Zöllinger-Straße, Seubert-Straße, Reilchen-Straße zwischen Gerwig- und Nimmheimer Straße, Händel-Straße zwischen Kaiser-Allee und Bach-Straße, Rosenblumen-Straße auf 1200 Meter Länge, Dreis-Straße zwischen Post-Straße und Händel-Straße, Dülfer-Straße zwischen Krieg-Straße und Weinbrenner-Straße, Solfen-Straße zwischen Körner- und Poststraße und Mühlweg-Straße zwischen Weich- und Brauen-Straße wird mit Wirkung vom 1. Juli 1909 fixiert, da die Netto-Einnahme für Gas- und Wasserabgabe die Verzinsung der Herstellungskosten bereits deckt.

Auf Antrag des Vereins Karlsruher Antiquariervereins wird die Reinigung der öffentlichen Buchstaben an öffentlichen Stellen durch die hiesigen Antiquariervereinsmitglieder oblag, durch die Stadt übernommen.

Auf Antrag des hiesigen Tiefbauamts wird die Reinigung von öffentlichen Buchstaben an öffentlichen Stellen durch die hiesigen Antiquariervereinsmitglieder oblag, durch die Stadt übernommen.

Die vom hiesigen Tiefbauamt beantragte Neu-umverteilung der Käufer im Stadtblau Grünwinkel wird zum Vollzug genehmigt.

Eine beim hiesigen Straßenausschuss zu besetzende Stelle eines technischen Beamten wird dem Herrn Ingenieur Otto Pideri aus Danzig, zunächst probeweise, übertragen.

Zwei hilfsbedürftigen Witwen von hies. Arbeitern wird je eine Geldunterstützung aus dem Arbeiterunterstützungsfond bewilligt.

Dem Großh. Bezirksamt werden vorgelegt: Die Gesuche des Weggere Karl Heilmann um Erlaubnis zum Betrieb des Hotel-Restaurants „Terminus“, Duracher Allee 69, und der Wählbürger Dr. Bremer, Aktien-Gesellschaft, vorm. Freiherlich von Seidendorfer Brauerei um Erlaubnis zum Betrieb des Varieté-Theaters „Apollo-Theater“, im Hause Marien-Straße 16, unbeanstandet, ein Gesuch um Jurisdiktion zum Militärdienst mit Antrag auf Ablehnung.

Wegen ein Wagesuch — Umbau über dem Bereich Gartenstraße 16a — werden keine Einwendungen erhoben.

Die Spannung und Führung der hies. Leichenwagen nebst Stellung, Bepannung und Führung einer einpännigen Dienstreife für das ganze Stadtgebiet mit Ausnahme des Stadtbereichs Wühlung und der Vororte, die Stellung, Bepannung und Führung eines einpännigen Leichenwagens für den westlichen und südlichen Stadtbezirk, sowie die Stellung, Bepannung und Führung zweipänniger Leichenwagen, sogenannter Stadtwagen, und einpänniger Leichenwagen für den östlichen Stadtbezirk wird an Frau Kaufmännischer Friedrich Walter Witwe hergegeben.

Gener werden hergeben: Die Ausführung der Erd-, Geh- und Pflasterarbeiten für die Herstellung von rund 800 Quadratmeter Kleinfestpflaster in der Ständehaus-Straße sowie von Strecken der Ritter- und Blumen-Straße an die Firma Weidenbach u. Braun, die Herstellung von Pflasterarbeiten beim neuen Festhaus im Gassen 11 an Hofplatzmeistermeister Andreas Braun hier, die Lieferung von Stabelfestpflaster für das hiesige Straßenbahnamt an die Firma J. Maxam hier, die Lieferung von Spiegelglasfenstern für Straßenbahnwagen an die Firma H. Schmidt hier, die Lieferung und Aufstellung je einer Druckregulation nicht Druckwellengeber für Hagsfeld und Nimmheim an die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft Berlin, die Erdarbeiten für die Verlegung des zweiten Gleises der hiesigen Straßenbahn in der Schiller-Straße von der Straße bis zur Solfen-Straße an die Firma Weidenbach u. Braun hier und die Lieferung der Thermopumpen für das Schwelmen der Schienen an die Firma Theodor Goldschmidt in Essen (Ruhr).

Der Stadtrat dankt dem Verein hiesiger Tiefbauarbeiter für die Einladung zu seiner am 22. d. M. stattfindenden Rahmversammlung, dem Herrn Hofrat Dr. Trost hier für einen dem hiesigen Antiquarierverein zum Geschenk gemachten Unterfuchungsbuch und der Frau Dr. Harbord, Geh. Rat Witwe hier für eine der gleichen Anzahl zum Geschenk gemachte Schaufel-Handbohrmaschine.

Dem Stadtrats wurden von Herrn Gewerbe-lehrer E. Schöninger in Romheim zwei Räder nachgebaut zum Geschenk gemacht. Auch hierfür spricht der Stadtrat Dank aus.

40 Gesuche um Verfallungsbauhändlicher Forderungen (Umlagen) werden verbergeben.

§ Wohltätigkeitsstiftung. Der bekannte Kunstmaler und Ehrenbürger unserer Stadt, Wilhelm K. L. L. L., bedachte die „Gartendichtung“ (evang. Waisen- und Rettungshaus in Welschnearth) mit der reichen Gabe von 6000 M.

Stadgartentheater Karlsruhe.

Montag, den 16. August: „Die Doberprinzessin“.